

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittags außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Brauplatz 5/8 durch die Post und durch Colportage zu beziehen. Preis vierteljährlich Mf. 2,50, pro Woche 20 Pf., Postzeitungskarte Nr. 7249.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werththätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“.

Insertionsgebühren beträgt für die einseitige Beilage oder deren Raum 20 Blätter, für Verträge und Veranlassungen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 80.

Montag, den 5. April 1897.

8. Jahrgang.

## Ein Mahnwort an die Arbeiter,

das sehr beherzigenswerth ist und die weiteste Verbreitung verdient, spricht unser Nürnberger Parteiorgan aus, indem es schreibt:

Es steht außer allem Zweifel, daß die gewerblichen Arbeiter, besonders die der Großstädte, in diesem Jahre wieder mit bedeutenden wirthschaftlichen Kämpfen zu rechnen haben werden. Ist doch in manchen Fällen das in früheren Jahren Strangene durch die bekannten Praktiken der Unternehmer den Arbeitern wieder entzogen worden.

Nun, da die Natur sich anschickt, ihren Winterschlaf zu beenden, erwacht auch in den Arbeitern wieder die Kampfeslust. Für die Arbeiter besteht jedoch die unabweisbare Pflicht, alle seit Jahren im Kampfe gemachten Erfahrungen zu benutzen und dementsprechend Stellung zu bevorstehenden Kämpfen zu nehmen.

Ein statistische Zusammenstellung über die im vergangenen Jahre entstandenen Streiks liegt noch nicht vor, so viel jedoch steht fest: das Jahr 1896 wird — selbst abgesehen vom Hamburger Streik — in dieser Beziehung unerreicht dastehen. 1895 wurden der Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands 204 Streiks gemeldet, welche eine Gesamtsumme von 424,231 Mf. erforderten. Von 100 Streiks liegt das Endergebnis vor. Es waren 57 erfolgreich, 18 theilweise erfolgreich und 25 erfolglos. Die Streiks, von denen kein Endergebnis vorliegt, dürften wohl ohne Ausnahme erfolglos verlaufen sein. Diese Annahme vorausgesetzt, ergibt folgendes Resultat: von 204 Streiks waren 129 oder 63,2 Procent erfolglos.

Diese Ziffern sollten zu denken geben und zur gegenwärtigen Zeit bei allen Arbeitern ernsthaft Beachtung finden. Im Kampfe mit dem Capital gehören Ruhe und Ueberlegung zu den Hauptwaffen. Wo die wirthschaftliche Conjunctur über- oder unterschätzt wird, wo man glaubt, mit der Lage des Weltmarktes nicht rechnen zu müssen, wo man glaubt, die eine oder andere Arbeiter-Categorie sei unersetzlich, wo man ferner glaubt, mit indifferenter Menschen einen principielle Kampf führen zu können, da wird nur zu leicht die Enttäuschung Platz greifen. Die gewerblichen Arbeiterorganisationen werden durch eine solche Taktik finanziell geschwächt, zum Theil sogar soweit, daß im Monat Mai fast schon alle verfügbaren Gelder aufgebraucht sind und allen weiteren finanziellen Anforderungen die stereotype Antwort zu Theil werden muß: die Verbandsmittel sind erschöpft; das eingehende Geld muß zur Unterstützung der schwebenden Lohnkämpfe verwendet werden. Sind die Verhältnisse soweit gediehen, dann gebehrt der capitalistischen Weizen vortrefflich.

Die gewerkschaftlich organisirten Arbeiter sollen möglichst vermeiden, durch zahlreiche Klänleiten ihr Pulver zu verschütten. Es sind vielmehr alle Mittel zu erschöpfen, die geeignet sind, ohne Kampf zu einer Verständigung zu gelangen. In letzterem Sinne hat sich erst vor Kurzem der „Vorwärts“ geäußert und hinzugefügt: „Angeht die großen Opfer, die jahraus jahrein von den klaffenbewußten Arbeitern gebracht werden müssen, hat keine einzelne Berufsgruppe das Recht, solche zu beanspruchen, bevor nicht alle gangbaren Wege beschritten sind.“ Es ist daher doppelt Vorrücht am Plage.

Zieht man einen Vergleich zwischen der politischen und der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, so stehen wir vor folgenden Thatsachen: Die Socialdemokratie ist groß und mächtig geworden, welcher Umstand nicht in letzter Linie der Ruhe und Besonnenheit ihrer Angehörigen zu danken ist. Als Versuch der Reaction, die Socialdemokratie zu provociren, sind gescheitert. Kalten Blutes steht sie auf dem Platze. Jedes an der Arbeiterklasse verübte Unrecht wird von ihr in Wort und Schrift den breiten Massen geschildert, fortwährend wird agitirt und organisirt und am Wahltag sind die Gegner vor Staunen stumm über den enormen Zuwachs an socialdemokratischen Stimmen.

In der Gewerkschaftsbewegung hingegen, wenngleich dieselbe in den letzten Jahren einen ansehnlichen Zuwachs erhalten hat, kommt es nicht selten vor, daß sich Arbeiter von der Erregung des Augenblicks leiten lassen und Schritte begeben, die folgeschwer für die betreffende Organisation und die beteiligten Arbeiter sind und die vielleicht bei ruhiger Ueberlegung nicht begangen worden wären. So lange noch die große Mehrzahl der inscenirten Streiks erfolglos verlaufen, so lange läßt sich mit Recht behaupten, daß von den beteiligten Arbeitern die Verhältnisse nicht genügend erkannt oder berücksichtigt worden sind.

Besonders in der jetzigen Jahreszeit drängen sich Elemente in die Organisationen hinein, die sich in Erwartung entstehender Differenzen zunächst im Falle eines Ausstandes von der Organisation die entsprechende Unterstützung sichern wollen, die aber auch, trotzdem sie bisher an die Organisation keinen Pfennig Beitrag gezahlt haben, gewissermaßen zum Streik drängen und zur Werbung neuer Mitglieder die Parole ausgeben: „Tretet ein in den Verband; wir wollen streiken, um unsere Lage zu verbessern!“ Gehen ihre Hoffnungen nicht in kurzer Zeit in Erfüllung, dann lassen sie die Organisation selbe im Stich, und sind dann wieder die willkürlichen Ausbeutungsobjecte für den Capitalismus. Wo solche Elemente auftreten, ist es Aufgabe der erfahrenen Gewerkschaftsmittglieder, die Bewegung nicht in falsche Bahnen leiten zu lassen.

Man mag dem entgegenhalten: Die Gewerkschaften sind doch Kampforganisationen! Gewiß, aber einen Kampf beginnen, der von vornherein als aussichtslos erscheint, ist zum Mindesten thöricht und gegen die Interessen der Arbeiter gehandelt.

Die Macht der Arbeiter auf politischem wie auf wirthschaftlichem Gebiete liegt in der Anwendung der vereinten Kraft zur rechten Zeit und am rechten Orte. Geschieht das, dann werden die wirthschaftlichen Kämpfe erfolgreicher für die Arbeiter ausfallen, die Organisationen werden nominell und finanziell gestärkt und sind somit ein Bollwerk gegen capitalistische Uebergriffe.

## Politische Rundschau.

— Aus dem Reichstage. Die Freitag resultlos verlaufene Abstimmung über den Antrag Grand-By zum Margarinegesetz sollte Sonnabend noch einmal vorgenommen werden, verlief jedoch abermals ergebnislos, da das Haus wieder nicht beschlußfähig war. Man hat nun die Hoffnung aufgegeben, vor Ostern noch ein beschlußfähiges Haus zusammenzubekommen und muß die Abstimmung bis auf Weiteres verschieben.

Dagegen gelang es, die Anträge auf Aufhebung oder Milderung des Jesuitengesetzes noch unter Dach und Fach zu bringen, da hier eine namentliche Abstimmung nicht beantragt war. Weil erfahrungsgemäß die Präsenz bei Beginn der Sitzung geringer ist, als in ihrem späteren Verlaufe, wurde die Zeit, in der sich die Abgeordneten versammelten, mit Wahlprüfungen und der Erörterung zweier rüchständiger Anträge der Geschäftsordnungscommission ausgefüllt. Die Wahl des Gen. Peus wurde für gültig erklärt, die Beschlußfassung über die Wahl des freiconservativen Abg. Reichmuth (Weimar) aber ausgesetzt, da noch Erhebungen für Wahlbeeinflussungen vorgenommen werden müssen. Herr Reichmuth hat also Aussicht, sein sehr zweifelhaftes Mandat bis zum Ende der Legislaturperiode auszuüben. Die Erlebigung der häuslichen Angelegenheiten des Reichstages, der Anträge seiner Geschäftsordnungscommission, nahm sehr viel Zeit in Anspruch. Dabei kam die eine Frage, ob nämlich eine Generaldiscussion noch einmal am Schlusse der dritten Lesung stattfinden solle, nicht zur endgiltigen Entscheidung. Die zweite Frage drehte sich darum, ob die Mitglieder, die einen Antrag auf namentliche Abstimmung unterschreiben, im Laufe anwesend sein müssen oder nicht. Die Commission hat sich dafür entschieden, daß diese Anwesenheit bei Anträgen formaler Natur (auf Schluß der Debatte und auf Vertagung) notwendig ist; bei Anträgen materieller Natur aber nicht. Dieser Ansicht schloß sich nach langer Debatte auch die Majorität des Hauses an. Bei dieser Discussion über rein geschäftliche Angelegenheiten der Gegenpartei zwischen den Parteien, die das Ansehen des Reichstages hochhalten und denen, die es mindern wollen, deutlich hervor. Darauf wies Genosse Singer nachdrücklich hin und geißelte besonders die merkwürdige Haltung des Centrums in dieser Frage.

— Noch eine Militärvorlage! Der Reichstag trat zum Reichshaushalt, welcher jedoch an den Reichstag gelangt ist, verlangt an einmaligen Ausgaben eine Summe von nicht weniger als 44,372,742 Mf. für die Schaffung einer Reserve an Artilleriematerial. In der Budgetcommission war diese Forderung schon längst angemeldet worden und da die gesammten bürgerlichen Parteien sich für diese Neuaufstellungen ausgesprochen haben, so ist die Annahme dieser Vorlage gesichert. Sonst sind an einmaligen Ausgaben noch in dem Nachtragsetat enthalten 140,000 Mf. für Erweiterungsbauten der Gesandtschaft in Peking, 1 Million Mark zum Grunderwerb, sowie zu den Vorarbeiten für die Herstellung eines Präsidialgebäudes für den Reichstag und 48,000 Mark auf den Etat der Marineverwaltung zur Herstellung von Anschlußgleisen auf dem Gelände des Forts Bousmarb bei Neufahrwasser. Bei den dauernden Ausgaben fallen in Folge der Conversion 1,125,000 Mf. für die Verzinsung der Reichsschuld fort, denen aber in Folge der Besoldungsverbesserungen und der geplanten Erhöhung der Bezüge für die Hinterbliebenen Mehrausgaben des allgemeinen Pensionsfonds und des Reichsinvalidenfonds um 1,221,769 Mark gegenüberstehen, so daß sich eine dauernde Mehrausgabe von 96,796 Mark ergibt.

— Wie man Reichstagsbeschlüsse achtet! Nach Ulm und nicht nach Weingarten, wie es bei der Verhandlung über den Militäretat die vom Centrum beantragte und von der Mehrheit des Reichstages angenommene Resolution

## Helene.

Roman in drei Büchern von Minna Kautsky.

Nachdruck verboten.

„Aber was bewog Dich denn, eine Ehe mit einer Anderen einzugehen? Das war eine bewusste Uüge.“

Lazar lachte höhnlisch auf.

„Moralisirt Du auch über diese Institution? Wir werden sie erst wieder zu einer moralischen machen, wir werden sie wieder herstellen in ihrer Heiligkeit.“

„Weshalb ich geheiratet habe? Nun, man heirathet doch heute aus den verschiedensten Motiven: aus Habgucht, aus Feigheit, aus Geilheit, aus Rache selbst, jedes persönliche Interesse ist da ein gültiger Vorwand, warum soll man nicht einmal aus Parteiinteresse einem Mädchen die Hand reichen?“

„Aus Parteiinteresse? wie denn?“ fragte Konrad, der plötzlich ganz bei der Sache war.

Lazar strich mit der Hand über seinen rüchlichen Bart; er schweig eine Weile, und wieder legte sich jener melancholische Zug wie ein Schatten über sein Antlitz.

„Wir kämpfen in Rußland nicht allein gegen den Despotismus des Czaren, wir kämpfen auch gegen den Despotismus in der Familie. Auch hier waltet den Schwachen gegenüber ein rohes, unbarmherziges Regiment. Eine Tochter ist so lange Eigenthum des Vaters, bis sie Eigenthum des Gatten wird.“

„Sie gehört dem Vater mit Leib und Seele an — mit Haut und Haar — er kann sie verkaufen — oder verschenken — er kann — ja tödten kann er sie, wenn er will, sobald sie ihm ungehorsam gemeldet ist.“

„Auch hier ist einem Mädchen über einen anderen eine ungeheurer, unnatürliche Macht verliehen, die gerade zum Wahnsinn führt. So stark will Gebieten sein über jeden Gatten, über jede Regung des Herzens, und Herzensange-

rungen, über die wir selbst keine Macht haben, sollen noch seiner Disciplin unterliegen.“

„Es wäre zum Lachen, wenn es nicht zum Weinen wäre! Sofia Alexandrowna, meine Frau“, fügte er erläuternd mit einem feinen Lächeln hinzu, „war die Tochter eines kleinrussischen Edelmannes. Im Kreise seiner Bekannten galt er als ein beschränkter Kopf, über den man sich lustig machte; im Hause war sein Wille das oberste Gesetz.“

„Er hatte seiner Tochter Lehrer und Gouvernanten gehalten, nicht damit sie etwas lerne, ein solcher Ehrgeiz lag ihm ferne, sondern aus Eitelkeit und weil es Mode war.“

„Aus demselben Grunde schickte er sie nach Petersburg, nachdem ihre Mutter gestorben war; sie sollte in eine höhere Bildungsanstalt eintreten.“

„Es war die Zeit, wo die hervorragendsten Gelehrten und die angesehensten Adelsfamilien sich für das Frauenstudium interessirten, und es regnete Petitionen an den Czaren wegen Errichtung einer Frauen-Universität für Medizin.“

„Und das zurückgebliebene, autokratische Rußland hat bewilligt“, warf Konrad lebhaft ein, „es bleibt etwas Unerklärliches.“ Lazar suchte die Achseln.

„Du dürftest in Rußland leicht Unerklärlicheres finden, mein Freund. Die Regierung war zu diesem Fortschritt gezwungen, wie sie zu jedem Fortschritt gezwungen wird durch eine absolute Nothwendigkeit.“

„Der Gesundheitszustand in Rußland war schlecht und es fehlte an Ärzten. Selbst in den Städten waren sie nicht hinreichend vertreten, das Landvolk aber entbehrte jeder medizinischen Hilfe. Wollten sich die Frauen dieser mühsamen Pflicht unterziehen und zu den Bauern auf die Dörfer gehen, um so besser.“

„Dieses Samariteramt, und nur als solches haben die herrschenden Klassen Rußlands es in ihrer Beschränktheit auf-

gefaßt, konnte dem Staate sehr nützlich, aber niemals gefährlich werden.“

„Auch Sofia Alexandrowna hatte die väterliche Erlaubnis erhalten, die Universität zu besuchen.“

„Der Alte wollte mit seiner gelehrten Tochter ein wenig ankern, er dachte sich wohl, mag sie immerhin für ein Weibchen diesen modernen Schwindeln mitmachen, sobald es mir nicht mehr paßt, sage ich halt. Aber es kam anders.“

„Unsere Universitäten sind der Mittelpunkt aller politischen Bestrebungen. Die Studentinnen lernten dort die großen zeitbewegenden Ideen kennen, die in ihnen eine maßlose Begeisterung erweckten. Sie theilten bald unsere Ueberzeugungen und verlangten nichts sehnlicher, als den großen Kampf der Befreiung mitzukämpfen. Auch Sofia Alexandrowna hatte diesen Proceß durchgemacht und sich der Bewegung angeschlossen, als der Befehl des Vaters sie zurückrief.“

„Natalie Karzow, meine Braut, ihre Freundin, erzählte mir damals von ihr, und wie untröstlich Sofia sei, die Universität und Petersburg verlassen zu müssen. Sie hoffte indeß, bald wiederzukommen. Aber es vergingen Wochen und Monate, ohne daß eine Nachricht von ihr eintraf. Natalie, die sie zärtlich liebte, schrieb ihr wiederholt, verlangte dringend nach einer Zeile, nach einer telegraphischen Mittheilung; nichts, kein Lebenszeichen. Endlich erfuhr Natalie durch einen reisenden Kaufmann, daß Sofia Alexandrowna eine Gefangene im väterlichen Hause sei, daß sie stets beobachtet werde, selbst des Nachts. Jeder Verkehr nach Außen war ihr unterjagt, ihre Briefe und die ihrer Freunde wurden geöffnet und unterschlagen.“

„Abscheulich“, rief Konrad. „Aber weshalb diese Tyrannei, was hatte sie denn geirrt?“

„O, sie hatte in seinen Augen das schlimmste Verbrechen begangen, ein todeswürdiges“, höhnte Lazar. (Fortf. folgt.)



verlangte, ist den „N. N.“ zufolge das 2. Bataillon des württembergischen Infanterie-Regiments Nr. 127 verlegt worden. — Damit hat die württembergische Militärverwaltung sich also in offener und bewußter Widersprache zu einem Reichstagsbeschluss gesetzt. Was wird der Reichstag darauf thun?

— Ueber die Novelle zum Unfallversicherungsgesetz haben in den letzten Tagen zwischen Vertretern der Regierung und einzelnen Reichstagsparteien Verhandlungen stattgefunden. Nach der „Post“ ist dabei eine Verständigung über einige Punkte erzielt worden, die eine Entlastung des Reichsversicherungsamts bedeuten. Eine Verständigung wurde nicht erzielt über die Frage der Karenzzeit. Bekanntlich hat die Mehrheit der Commission diese von 13 auf 4 Wochen herabzusetzen beschlossen. Die Regierung bezieht indessen die Abänderung für sie als unannehmbar. Es erscheint dem genannten Blatt nicht ausgeschlossen, daß bei Aufrechterhaltung des Widerstandes gegen die Bestimmungen der Regierungsvorlage das Zustandekommen der Novelle überhaupt gefährdet wird.

— Staatssecretär v. Stephan hat sich das rechte Bein vom Knie ab amputieren lassen müssen. Schon vor längerer Zeit ist Herrn v. Stephan eine Leide des rechten Fußes abgenommen, doch hat sich sein Zustand — Herr v. Stephan ist seit Jahren zuckerkrank — darauf verschlimmert, daß nunmehr die Beinamputation notwendig wurde. Man hat, wie es heißt, Hoffnung, das Leben des hohen Beamten trotz der abnehmenden Kräfte desselben zu erhalten. Jedenfalls aber wird Herr v. Stephan demnächst von seinem verantwortungsvollen Posten zurücktreten müssen.

— Daß eine Amnestie für militärische Strafen erlassen worden sei, wird von der „Nordd. Allg. Zeitung“ bestritten. Es sind nur fünf Duellanten begnadigt worden.

— Die Furchelbäume des Bundes der Landwirthe in Marinefragen werden in der „Köln. Volksztg.“ drastisch geschildert, indem dieselbe aus den staatsgraphischen Berichten der früheren Sessionen die veränderte Haltung des Bundes der Landwirthe darlegt. Vor zwei Jahren entbrannte der Kampf vornehmlich um die ersten Raten für vier neue Kreuzer. Für dieselben stimmten die Conservativen nur zum Theil; die entschiedenen Anhänger des Bundes der Landwirthe unter ihnen enthielten sich der Abstimmung, und zwar ausgesprochenemmaßen mit Rücksicht auf die „Noth der Landwirtschaft“ und die „finanzielle Lage des Reiches“. Der Abg. Graf Wrbach als Sprecher der gesamten conservativen Fraktion erklärte in der Sitzung vom 1. März 1895, die Mehrheit der Conservativen würde zwar für die verlangten Schiffe stimmen, er mühe aber in Betreff der dissentierenden Herren erklären, daß dieselben nicht aus principiellen Gründen, sondern nur wegen der schwerwiegenden Bedenken hinsichtlich der wirtschaftlichen Lage und der Finanzen des Deutschen Reiches zur Ablehnung beziehungsweise zur Stimmenabhaltung gelangten. Bei dem ersten Titel der Ausrüstung der ersten Rate für den Kreuzer „Erlas Seipold“ enthielten sich in der namentlichen Abstimmung 10 Conservativen der Abstimmung, darunter auch Herr von Blöb. Im ganzen stimmten mit Ja nur 16, es enthielten sich 10, es fehlten 82, davon 16 ohne Enthaltung. Vor zwei Jahren waren also den Conservativen erste Raten im Betrage von 8 855 000 Mark wegen der Nothlage der Landwirtschaft und der finanziellen Lage des Reiches noch zu viel, in diesem Jahre waren sie bereit, mehr als das Fünffache, ganze 47 065 000 Mark zu bewilligen. Zu dem die Lage der Landwirtschaft seitdem so genügend gebessert, oder haben die Herrschaften aus dem Bund der Landwirthe jetzt andere Pläne? Was sie vor zwei Jahren durch radikales Streichen erreichen wollten, das wollen sie jetzt durch radikales Bewilligen erreichen.

— Die Bärenfrage wird von der Regierung aus wieder in Fluss gebracht. Auf Anregung des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg wählte das Minister-Collegium eine Commission, die über die Wiederherstellung der Berliner Provinzialverwaltung beraten soll.

**Oesterreich-Ungarn.**

Die Ursachen der österreichischen Ministerkrise liegen in den Schwierigkeiten der Bildung einer festen Majorität für das Ministerium Boden. Entscheidend für die Charakteristika der österreichischen Liberalen ist die Forderung, daß dieselben Ministerien, die getrieben in Folge ihres Widerspruchs mit den Interessen eine Regierungsmehrheit zu bilden, die Demission des Ministeriums bewirkt haben, heute alles in Bewegung setzen, zu allen Jagdinstanzen bereit sind, wenn Graf Boden bereit sein sollte, seine Demission zurückzunehmen. Doch hierzu scheint es zu spät zu sein. Der Kaiser hat das radikale Herrschaftsverfahren des Prinzipals abgelehnt, den Boden der österreichischen Liberalen hat zu sich berufen. Wird dieser mit der Cabinetbildung einverstanden sein? Ist es nicht eher ein noch mehr reactionäres Kabinett, als es das Raabes und Haberls war, dieses Cabinet würde von den Polen, Ungarnen, Südslaven, Serben und Jugoslawen getrieben werden. Die Politik des neuen Cabinetts würde „nationalistisch“, „antirussisch“, „liberalistisch“ und „unabhängig“ sein. Die Angelegenheiten würden durch Hebertragung der Schuldenfrage an die Landtage die Möglichkeit erhalten, für Boden und Wagner verantwortungsvoll auf die Bühne abzutreten.

— Die Auflösung des Bundes in den nächsten Tagen wird möglich sein, so soll der Reichstag, der noch nicht einmal die Resolution erlassen hat, verlegt werden.

**Italien.**

— Die Verhandlungen mit dem französischen Reichstag sind noch nicht beendet. Die Verhandlungen sind noch nicht beendet. Die Verhandlungen sind noch nicht beendet.

schmutziger Praktiken und Schiebung der Anlagebank entging, daß er wenigstens nur moralisch auf ihr Platz zu nehmen hatte. In dem Kattentönnig von Schwindel und Bank-Prozessen, in die Crispi verwickelt war, kam ein gewisser Favilla vor, der Direktor eines Zweiges der Bank von Neapel war, und wegen Unterschleifen und sonstiger Betrügereien verurtheilt ward, nachdem er wiederholt damit gedroht, eine sehr hochgeachtete Person „mit sich zu ziehen“. Man dachte gleich, daß Crispi gemeint war — die Richter gaben als wohlgesinnte Staatsbürger und gute Patrioten sich aber sonale Mühe, nicht zu verstehen, und so entwichte Crispi für den Moment. Jetzt hat nun Favilla sein Schweigen gebrochen und Crispi aufs Schwerste beschuldigt. Er soll bei den vorletzten Wahlen, die er bekanntlich selbst vornehmen ließ, die Bank von Neapel um 250 000 Lire — nach anderen Berichten um 400 000 — beschwindelt, oder richtiger, mit Hilfe dieses Favilla, den Staat um diese Summe beschwindelt haben. Die Beweisküde sind in den Händen des Staatsanwalts, bei dem Crispi am 25. März ein vierstündiges Verhör hatte. Er sei ganz gebrochen gewesen, als er von demselben kam, wird von Zeugen erzählt. Thatsache ist, daß Crispi sofort nach dem Verhör zu dem König eilte. Was die Beiden miteinander verhandelt, wissen wir natürlich nicht. Zu vermuten ist, daß Crispi seinen gewohnten Bismarckkniff wieder angewandt und seine Sache als die der Dynastie hingestellt hat. Ob und inwiefern ihm dies gelungen, können wir nicht sagen. Zeit sieht, daß der Vater des Königs sehr viel Schulden hinterließ und daß diese königlichen Schulden durch Crispi's Vermittlung von den Schwindelbanken gezahlt wurden. So verwickelte der „treue Vasall“ — um Bismarckisch zu reden — den geliebten König in seine privaten Crispinerien und Spießbüereien. Was nun werden wird, müssen wir abwarten.

**Frankreich.**

— Ueber der Heberchrist „Eine notwendige Gründung“ geißelt der „Figaro“ die Panama-Verzerrung unter besonderer Berücksichtigung des Kallés Burdeau. Er empfindet die Gründung eines „provisorischen Pantheons“, wo die irdische Hülle der großen Männer Frankreichs so lange aufbewahrt werden solle, bis sich herausgestellt habe, daß sie in ihrem Leben nichts Chronikwürdiges begangen. Dann erst sollten ihre Gebeine in das „definitive Pantheon“ überführt und ihre Beiger als „denkmal große Männer“ erklärt werden. Man könne die Zustimmung, welche die Pantheons im allgemeinen tragen, unter Einwirkung eines kleinen Zusatzes ruhig beibehalten und diejenige des Karrier Pantheons beispielsweise wie folgt verändern: „Aux grands hommes la Patrie provisoirement reconnaissante“ (den großen Männern das vorläufig dankbare Vaterland) u. s.

Die Freunde des verstorbenen Kammerpräsidenten Burdeau beschlossen, einen Abochalen mit der Verteidigung des Ansehens Burdeaus zu betrauen, falls Aron vor dem Schwurgericht seine Aufstellungen aufrecht erhalten sollte. Waldeck-Roussin hat sich bereit erklärt, die Verteidigung zu übernehmen. „Le Commerce“ erklärt, gegen habe Rouvier sich für schuldig erklärt, mit Aron verhandelt zu haben. Die Auslage steht in heftigen Widerspruch mit der Behauptung Rouviere's in der Kammer, daß er Aron nicht kenne. Rouvier's Behauptung ist zu verwerfen: angeklagt werden. In einer Commission hat sich Aron selbst dies gegenüber, und die Unterbrechung gegen ihn ist eingestellt worden.

**Deutscher Reichstag.**

— Die Sitzung vom 4. April 1927. Der Reichstag hat die Tagesordnung für den 4. April beschlossen. Die Tagesordnung für den 4. April lautet: 1. Die Tagesordnung für den 4. April. 2. Die Tagesordnung für den 4. April. 3. Die Tagesordnung für den 4. April.

— Die Sitzung vom 4. April 1927. Der Reichstag hat die Tagesordnung für den 4. April beschlossen. Die Tagesordnung für den 4. April lautet: 1. Die Tagesordnung für den 4. April. 2. Die Tagesordnung für den 4. April. 3. Die Tagesordnung für den 4. April.

— Wenn sie im Auftrage des Bürgermeisters Wahlzettel verteilen? Und was soll die Erhebung darüber, ob die Verteiler bei dem Ausrufen der Wahlzettel und dergleichen dienstliche Abzeichen getragen haben? In den Orten kennt man die Gemeinbediener auch ohne dies, ob sie nun die Dienstmütze aufhaben oder nicht. Herr Camp mag es mir nicht übel nehmen, aber ich habe den bringenden Verdacht, daß er seine Anträge nur auf eine Verschleppung abzielt, daß er Herrn Reichnuth durchaus noch an den allerletzten Beschlüssen der Legislaturperiode teilnehmen lassen will. Ich bitte Sie deshalb, es bei dem Antrag der Wahlprüfungscommission zu belassen. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Der Antrag Camp wird abgelehnt, der Commissionsantrag angenommen. Es folgen Berichte der Commission für die Geschäftsordnung. Der Commission ist die Prüfung der Frage zugewiesen worden, ob es angezeigt sei, die Generaldiscussion, welche jetzt zu Beginn der dritten Lesung stattfindet, an den Schluß der Discussion zu verlegen.

Die Commission beantragt, der Geschäftsordnung einen Zusatz zu geben, wonach auf Antrag von 15 Mitgliedern eine Wiederholung der Generaldiscussion am Schluß der dritten Lesung stattfinden hätte.

Abg. Träger (heiß. Sp.) empfiehlt den Antrag als Berichterstatter der Commission zur Annahme. Abg. Camp (Rp.) bittet den Antrag abzulehnen, da kein Bedürfnis vorliege. Mindestens müßten 30 Mitglieder für den Antrag erforderlich sein. Die Annahme des Antrags würde nur die Folge haben, daß noch mehr Neben zum Fenster hinausgehalten werden würden.

Abg. Dr. von Levetzow (Deuss.): Bei Annahme des Antrages würde noch eine Lesung mehr als bisher stattfinden. Er könne kein Bedürfnis anerkennen und bitte den Antrag abzulehnen.

Abg. von Marquardsen (rail.) schließt sich den Vorrednern an. Die Abgabe von Erklärungen würde nach wie vor gestattet sein.

Abg. Singer (Zoc.) befürwortet den Antrag. Die Befürchtung des Abg. Camp, daß die Redner die Gelegenheit Leumühen würden, um hier Wahlreden zu halten, theile er nicht. Es solle ja aber schließlich hier nur das verhandelt werden, was die Wähler draußen wollen. Man könne ja über die Zweckmäßigkeit verschiedener Meinungen sein, aber so einfach liege die Sache nicht, daß die Gründe genügen könnten, welche die Mitglieder des alten Cartells hier vorgebracht hätten. Die Commission habe die Frage geprüft, ob man die Generaldiscussion nicht überhaupt an den Schluß verlegen solle. Ein dahin gehender Antrag habe aber nicht die Mehrheit gefunden. Die Commission habe sich für ihren Antrag entschieden und die Annahme würde keine Schwierigkeiten im Geolge haben. Wenn 15 Mitglieder das Recht hätten, Anträge zu stellen, so müßten sie auch für einen Antrag genügen, die Generaldiscussion noch einmal aufzunehmen. Auch damit nicht ein Privilegium für die großen Parteien geschaffen werde, empfinde sich die Festlegung der Zahl 15. Man habe auf das Wohlwollen des Präsidenten hingewiesen. Nun werde der Reichstag ja immer nur wohlwollende Präsidenten gegen alle Parteien haben (Gästerken) aber es sei doch besser, wenn man dem Präsidenten eine bestimmte Richtschnur gebe.

Abg. Lieber (Centr.) ist mit den Gründen der Herren Camp, Levetzow u. nicht einverstanden, kann sich aber auch mit dem Antrage der Commission nicht befreunden. Er halte es für das gute geschäftsordnungsmäßige Recht eines jeden Abgeordneten, jederzeit allgemeine Erklärungen abzugeben. Was wenn die Rechte vom Reichstage verneint werden sollte, müßte ein Antrag nach dem Commissionsantrag geschaffen werden. Schon heute habe jede Partei das Recht, bei der Beratung vor Einleitung und Ueberleitung eines Gelegenheitswortes ihren prinzipiellen Standpunkt darzulegen. Eine nochmalige Generaldebatte sei also überflüssig. Dieser beantragt, die Angelegenheit zur weiteren Prüfung an die Geschäftsordnungscommission zurückzuweisen.

Dieser Antrag wird angenommen. Es folgt der zweite Antrag der Geschäftsordnungscommission. Es handelt sich um die Frage ob Anträge auf namentliche Abstimmung nur von den zur Zeit im Hause anwesenden Mitgliedern gestellt werden dürfen oder nicht. Die Geschäftsordnungscommission, über deren Verhandlungen Abg. Singer berichtet, ist zu der Meinung gelangt, daß hierbei unterrichtet werden müße zwischen Anträgen materieller Natur und geschäftsordnungsmäßigen Anträgen. Bei Anträgen der ersten Art hält die Commission es für statthaft, daß die von den Fraktionen meistens zu ganz anderer Zeit gestellten, als sie zur Beratung kommen — auch von Mitgliedern, die nicht im Hause anwesend sind, unterzeichnet werden dürfen. Bei den Anträgen der zweiten formalen Art aber soll ein Nothaus stattfinden, der in folgendem Antrage niedergelegt ist: Dem § 57 der Geschäftsordnung soll folgender Zusatz gegeben werden:

Bei solchen Anträgen (Anträgen auf namentliche Abstimmung) auf die Beratung oder den Schluß der Debatte darf die Unterzeichnung nur durch Anwesende gegeben werden.

Abg. Dr. Pieschel (rail.) spricht im Namen der Minorität der Commission, der die Beschlüsse noch nicht weit genug gegangen sind. Zunächst stelle der vorliegende Antrag doch einen erfreulichen Fortschritt dar.

Abg. Dr. Baehni (Centr.) hält es für eine Rücksichtslosigkeit, daß Abgeordnete, die nicht im Reichstag erscheinen, das Recht haben sollen, den Reichstag durch Anträge auf namentliche Abstimmung, wobei leicht Beschlußunfähigkeit festgestellt werden kann, zu seinen Arbeiten zu hindern. Freilich müßte nach Augen geschlossen werden, daß dieser Reichstag in Bezug auf seine Präsenz nicht besser, als seine Vorgänger ist. Redner bittet den Präsidenten, wenn Anträge auf namentliche Abstimmung einlaufen, die Namen derselben zu verlesen, die den Antrag unterstützen haben, um zu entscheiden, ob sie im Hause anwesend sind.

Abg. Dr. von Levetzow (Deuss.): Die Klausur des Hauses befestigt werden. Im Uebrigen wurde es für den Antrag der Commission stimmend.

Abg. von Levetzow (Deuss.) schließt sich den Ausführungen des Abg. Baehni an.

Abg. Singer (Zoc.): Die Herren, die die Klausuren von den Anträgen auf namentliche Abstimmungen ausschließen wollen, bestreiten sich hinter Formen und beweisen das Materielle der Sache. Es muß doch auch den Abgeordneten, die nicht hier sein können, ein Wort eingeräumt werden, über wichtige Dinge hier namentliche Abstimmungen herbeizuführen. Denken Sie doch an diejenigen Mitglieder, die krank sind. Sollen die auch nicht das Recht haben. Es ist charakteristisch, daß bei dieser reinen Geschäftsordnungsfrage der innere Jurist der Parteien zum Ausbruch kommt. Die Verhinderung der Anwesenheit des Herrn Baehni ist die Verletzung der Beschlußfähigkeit. Es ist das Interesse des Hauses, daß ich sehr dahingestellt. Ich bitte um meine Kritik in guter Gesellschaft. Die Herren von Marquardsen, Raabes und Haberls haben sich ganz ähnlich ausgesprochen. Gute des Contenten nicht 100 Mitglieder es würde schon so denken wie ich.

Abg. Dr. von Levetzow (Deuss.): Der Reichstag liegt in der gestrigen Sitzung, die nun ist nur durch die Klärung von Dingen abgelaufen. Die Klausur des Hauses halte ich nicht für empfehllich. Mißbräuche bei der Herbeiführung von namentlichen Abstimmungen kann ich nicht verstehen. Darüber die ich drinstehe, so wird die Angelegenheit der Beschlußfähigkeit länger werden. Herr Singer hat Recht, die Klausur des Hauses ist nicht zur Verabredung der Beschlußfähigkeit geeignet.

Abg. Dr. von Levetzow (Deuss.) ist mit dem Commissionsantrage nicht einverstanden, er beantragt auf Schluß der Debatte sei ebenfalls ein Antrag auf Abstimmung selbst. Er beantragt die Zurückweisung der Angelegenheit an die Commission.



Nachdem noch einmal Abg. Dr. Bachem (Centr.) gesprochen, wird die Diskussion geschlossen.

Der Antrag Dahn an auf Zurückverweisung in die Commission wird abgelehnt, der Commissionstrag fast einstimmig angenommen.

Es folgt die dritte Lesung der Anträge auf Aufhebung des Neujahrsgesetzes bezw. Abänderung desselben.

Ohne Debatte werden die Anträge Graf Compesch und Graf Limburg-Silrum-Midert angenommen.

Hierauf wird die gestern resultatio verkaufene namentliche Abstimmung über den Antrag v. Grand-Ros zum Margarinegesetz auf Trennung der Verkaufsräume in Städten über 5000 Einwohnern noch einmal vorgenommen.

Dieselbe ergibt auch heute die Anwesenheit von nur 189 Mitgliedern, von denen 116 für, 73 gegen den Antrag stimmen. Das Hans ist somit wieder nicht beschlußfähig. Die Sitzung muß somit abgebrochen werden.

Nächste Sitzung Montag 11 Uhr. (Antrag Auler betr. Heranziehung von Militärpersonen zur Communalsteuer; zweite Lesung des Handelsgesetzbuchs. Schluß 3/4 Uhr.

Partei-Angelegenheiten.

Partei-Preise. Der Stettiner „Vollknoten“ erscheint seit 1. April in vergrößertem Format.

Das Parteiorgan in Würzburg hat seinen bisherigen Titel in „Frankische Volkszeitung“ umgewandelt; als Nebentitel führt es die Namen „Unterfränkische Volkszeitung“ und „Bamberger Volkszeitung“.

Am 1. April waren es zehn Jahre, daß in Leipzig nach dem Erlaß des Ausnahmgesetzes das erste socialdemokratische Blatt heraufgegeben wurde. Es war das „Leipziger Volksblatt“, das wesentlich zweimal erschien, aber bereits im Monat Juni dem Verbot befiel.

Am 1. April waren es zehn Jahre, daß in Leipzig nach dem Erlaß des Ausnahmgesetzes das erste socialdemokratische Blatt heraufgegeben wurde. Es war das „Leipziger Volksblatt“, das wesentlich zweimal erschien, aber bereits im Monat Juni dem Verbot befiel. Der Redacteur Albert Schmidt und der Drucker Seebach wurden ausgewiesen. Schon am 3. Juni desselben Jahres erschien ein zweites „socialdemokratisches Blatt, der „Wachposten“; diesen erreichte das damals selbstredendliche Verbot am 18. Juli und wieder wurden zwei Genossen, die Buchdrucker Eduard Bauer und Theodor Frey, ausgewiesen. Am 30. Juli antwortete man den „Staatsbehörden“ mit der Herausgabe des „Landtagswählers“, der seinen Zweck, die Agitation für die damalige Landtagswahl zu erleichtern, so gut erfüllte, daß Bebel mit großer Mehrheit gewählt wurde.

Kleine Rundschau.

Die neue Denkmünze, welche am orangefarbenen Bande auf der Brust getragen wird, ist sämtlichen Reichstags-Abgeordneten am Sonnabend einzeln verliehen worden, welche auf der Reichstagstribüne der Enthüllungseier am 22. März beigewohnt haben.

In Berlin sprang Sonnabend Nachmittag die neunjährige Tochter des Arbeiters August G. aus Furcht vor einer ihr wegen Mordens angehängten Bestrafung aus einem Fenster der im vierten Stock eines Hauses der Memelerstraße gelegenen Wohnung ihrer Eltern auf den Hof hinab und zog sich schwere innere Verletzungen zu.

Der Leprakranke, der in Frankfurt a. O. entdeckt wurde, hat Deutschland verlassen und ist nach Brasilien zurückgekehrt. Es handelte sich um einen 21-jährigen jungen Mann, der in Brasilien geboren, sich dort auch angekehrt hatte.

Die Ermordung des Lehrers Grütter aus Luchsow soll nach neuesten Meldungen ein Nachspiel der Reichstagswahl in Schwelm sein. Grütter, welcher mit politischen Arbeitern, die dort gewohnt hatten und dann in ihr Arbeitsgebiet reisten, in einem Eisenbahnwagen bis Terrerpol zusammenfuhr, geriet mit denselben in Folge des Wahlresultates in Streit. Er wurde erwürgt und zur Coupetchür hinausgeschleudert. Seine Leiche wurde, wie bereits gestern gemeldet, am Eisenbahndamm gefunden. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Kiel, 2. April. Durch die Explosion einer Petroleumlampe wurden in vergangener Nacht in einem Cafe mehrere Personen verletzt. Ein junges Mädchen erlitt sehr erhebliche Brandwunden. Andere kamen mit leichten Verletzungen davon. Im Zimmer geriet die Möbel in Brand. Die Besizerin wurde mit ihrem Kinde durch das Fenster der Gefahr zu entziehen und erlitt dabei eine Verwundung.

Am Tode verurteilt. Das Schwurgericht in Hlenzburg verurteilte den 34-jährigen früheren Seemann Peter Ludwig aus Neulise bei Hlenzburg, der vor etwa zwei Monaten die Köchinnenfrau Catharin in Badepark ermordete und sich außerdem verschiedener Sittlichkeitsverbrechen und Einbruchsdelicten schuldig gemacht hatte, zum Tode. Inzwischen 3 Jahre im Zuchthaus und dauerndem Körperleiden.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich Sonnabend Vormittag in der Reichs-Trauerzeugfabrik in Braunschwweig. Drei Arbeiter wurden in einer der Lothr-Oefenen durch Entweichen von giftigen Gasen ihren Tod, der erste durch Arbeiten in dem gaserfüllten Raum, die beiden anderen bei dem Versuch, den vergifteten Kameraden zu retten.

Johannes Brahms, der große Komponist, in Sonnabend in Wien gestorben. Er litt an Magenleiden und dieser Krankheit ist er zum Opfer gefallen. Johannes Brahms war am 7. März 1833 in Hamburg als der Sohn eines Kaufmanns geboren, er erreichte also nur ein Lebensalter von 64 Jahren. Mit Brahms scheidet nicht nur ein großer, der höchsten Verehrung würdiger Künstler aus dem Leben, sondern auch ein edler, weiser und liebenswürdiger Mensch, dessen Einsichten in vielen Relationen betrauert werden wird.

Ein furchtbarer Sturm hat in Preßburg und in der Umgegend große Verwüstungen angerichtet. Hunderte Dächer wurden abgedeckt, darunter auch dasjenige einer Beethovenstatue. Die Telegraphenleitungen und vielfach zerstört; auch Personen wurden verletzt.

In Genf wurde ein ehemaliger Polizeibeamter unter dem Verdacht verhaftet, den Raubmord an dem Postconductor August Verdy zu haben. Der Verdacht ist wegen Postdelicten verhandelt.

Ein Gemeindevorstand in Anstaltszustand verlegt. Der gemeinsame Verwaltungsausschuß des Gemeinderaths von Lermont in der Provinz Genua ist wegen bürgerlicher Handlungen gegen das öffentliche Vermögen in Anstaltszustand versetzt und der Gemeinderath selbst durch königlichen Erlaß aufgelöst worden.

In San Giovanni Valdarno in Toscana wurde nach dem Befehl des Königs am Freitag ein Gefängnißgebäude zusammengebrochen. Dieser Befehl wurde durch die beiden Verwundeten aus den Trümmern hervorgezogen.

Durch die Explosion der Gasanstalt wurde die Umwohnerschaft der holländischen Industriestadt Lodenburg in Thüringen Nacht gegen 11 Uhr aus dem Schlafe geschreckt. Die Trümmer wurden durch den aus dem Schloß geschleudert. Der angegriffene Bezirk ist sehr bedrohlich; die Häuser sind beschlagnahmt, aber Personen sind nicht verletzt worden.

Antwerpen, 3. April. Die Stahlbar „Banholme“, von Peru mit 1500 Tons Guano nach Antwerpen untergebracht, gilt mit allen an Bord befindlichen Personen für verschollen.

Das Kriegsgericht in Charlottweil verurtheilte den Kossakenoffizier Prochorow wegen Raubmords zu lebenslänglicher Zwangsarbeit in Sibirien. Derselbe hatte die Fruchthandlerin Strelow, mit welcher er in einem Hause wohnte, erwürgt und darauf deren Leichnam begraben.

In Bombay ist der deutsche Arzt Dr. Strecker, Mitglied der europäischen Commission, von der Pest befallen worden. Er weigert sich, sich mit der Pestischen Lymphe impfen zu lassen. Dr. Strecker secrete eine Pehtische und hatte das Unglück, sich in den Finger zu schneiden. In Folge dessen trat Blutvergiftung ein. Bis jetzt ist Hoffnung auf Genesung vorhanden.

Locale Rundschau.

Breslau, den 5. April 1897.

Eine Eisenbahner-Versammlung

hat nunmehr auch Breslau gehabt. Und zwar eine Versammlung von solcher Bedeutung, wie sie in dieser Branche bisher wohl keine Stadt im Deutschen Reich hatte. Mehr wie 1200 Arbeiter, Handwerker u. der hiesigen königlichen Eisenbahnbetriebswerkstätten fanden sich am Sonntag Vormittag im großen Theaterjaale von Viebichs Etablissement zusammen, um über ihre Lage und die Mittel und Wege zur Besserung derselben zu berathen. Die Versammlung war durch Vermittlung des hiesigen Gewerkschafts-Cartells inscenirt und zwar, um die an anderen Orten geübten Beeinflussungen der Arbeiter durch Vorgesetzte u. nach Möglichkeit zu vermeiden, ohne jeden Aufwand äußerer Mittel. Weder Placate, noch Zeitungsanzeigen machten aufmerksam auf das Stattfinden dieser Versammlung, nur einige tausend Handzettel, die am Sonnabend an den Eingängen zu den verschiedenen Werkstätten vertheilt und von Hand zu Hand weitergegeben wurden, sorgten für das Bekanntwerden der wichtigen Versammlung in den theilnehmenden Kreisen. Das Resultat war ein überaus befriedigendes, sowohl was den Besuch, wie auch was den ganzen Verlauf der Versammlung betraf. Mit größter Aufmerksamkeit lauschten die vielen Hunderte, die den großen Saal des Viebichs Etablissements füllten, den Ausführungen des Referenten, Bürger-Hamburg, der Vorsitzender des Verbandes der Eisenbahner Deutschlands ist und der Versammlung eine von reichem Material unterstützte Schilderung der Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter und Beamten gab. Seine sachkundigen, treffenden Ausführungen fanden oft den lebhaften Beifall der Versammlung und ganz besonders der Schluss derselben, der in einer energischen Aufforderung zum Eintritt in die Organisation der Eisenbahner ausklang.

In der dann eröffneten Discussion nahm zunächst das Wort der — natürlich rein zufällig anwesende — Reichstagsabgeordnete für Breslau-West, Genosse Dr. Schoenlanck, von den Versammelten mit stürmischen Beifall begrüßt. Der scandaloöse Zustand, daß es der größten politischen Partei am Orte in Folge nicht greifbarer Treibereien geradezu unmöglich gemacht wird, auch nur ein größeres Local in Breslau zu bekommen, hat es bekanntlich verursacht, daß die Vertreter Breslaus im Deutschen Reichstage nicht in der Lage sind, zu den Breslauer Wählern sprechen zu können. Seit etwa anderthalb Jahren ist auf diese raffinierte Weise besonders unser Genosse Schoenlanck hier mundtot gemacht worden; es war daher wohl erklärlich, daß die Freunde, endlich einmal wieder den berufenen Vertreter der Arbeiter sprechen zu hören, in der imposanten Versammlung in geradezu elementarer Art zum Ausdruck kam. Gewisse andere Leute werden freilich etwas ganz anderes, als Freude empfunden haben bei dem plötzlichen, ganz überraschenden Erscheinen Schoenlancks — man konnte das aus den verblüfften Gesichtern einiger in der Versammlung anwesenden Herren deutlich herauslesen — und ihr Schreck und Aerger wird keine Verminderung erfahren haben durch das, was Genosse Schoenlanck dann in etwa einstündiger Rede ausführte. Von einer scharfen, einschneidenden Kritik der ganzen Verhältnisse im Reich des preussischen Eisenbahnministers Thielens ausgehend, erörterte Schoenlanck dann auch die actuellen politischen Verhältnisse im Reich, die Militärischen und Marinefragen, das Scheitern der Socialpolitik, die Einflußnahme König Stumm's auf alle unsere innerpolitischen Zustände, dabei immer geschickt die Verbindung mit dem eigentlichen Thema, der Eisenbahnerbewegung, aufrecht erhaltend. So gab er in der That einen parlamentarischen Rechenschaftsbericht und verwandte sich damit in glänzender Weise für die ihm vor Kurzem in schofischer Weise erteilte Versammlung im „Vollgarten.“ Mit einer begeistert aufgenommenen Aufforderung an die Eisenbahner, sich ebenfalls unter das rote Banner zu stellen und unter dem Lösungswort: „Mit Volldampf voraus“ für ihre gerechte Sache zu kämpfen, schloß Schoenlanck seine Rede unter nicht endenwährendem Beifallsturm.

Unter den nachfolgenden Rednern war besonders bemerkenswertlich der hiesige Vertreter des ultramontanen sog. Trierer Verbandes der Eisenbahner, Herr Alce, der in reichhaltiger Weise für die notwendige Verbesserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse der Eisenbahner eintrat. Er meinte charakteristisch, daß, wenn selbst Se. Majestät der König Zulage erhalten habe, gewiß der Arbeiter auch eine kleine Aufbesserung beanspruchen dürfe. Auch gegen den Zusammenbruch der beiden Verbände hatte er nichts einzuwenden.

Die imposante Versammlung, die vom Vorsitzenden des Gewerkschafts-Cartells Genossen Kihuel trefflich geleitet wurde und einen vollen Erfolg der Arbeiterbewegung darstellte, endete mit der Wahl des Herrn Preiß als Vertrauensmann der hiesigen Eisenbahner, von welcher Legation sich viele als Mitglieder des Hamburger Verbandes einschreiben ließen. Unter s-Berichterstatter gibt folgenden näheren Bericht von der Versammlung:

Eine vorzüglich besuchte Versammlung von Handwerkern und Arbeitern der hiesigen königlichen Eisenbahn-Betriebswerkstätten fand am Sonntag Vormittag im großen Saale des Viebichschen Etablissements statt. Das Referat hatte der Vorsitzende des Gewerkschaftsverbandes des Verbandes der Eisenbahner Deutschlands, Bürger, Hamburg, übernommen, der über die Lage der Eisenbahner und die Notwendigkeit der Organisation sprach. Insbesondere überbrachte er den Breslauer Kollegen Grüße von den Hamburger Eisen-

arbeitern, die freudig aufgenommen wurden. Sodann verbreitete er sich über die allgemeine Lage der Eisenbahner in Deutschland. Es sei ein Zeichen der Zeit, daß die Arbeiter und Hilfsbeamten der staatlichen Betriebe beginnen, den Geist der wirtschaftlichen Arbeiterbewegung zu begreifen, und nun ernsthafte Versuche gemacht werden, vorwärts zu schreiten. Einen Anlauf, ihre Lage zu verbessern, haben ja die Breslauer Bahnarbeiter unter der energischen Führung des vorerwähnten Redner in den hiesigen Jahren genommen, zu einer Organisation sei es aber nicht gekommen. Man hatte die wirtschaftliche Lage noch nicht richtig erkannt und man wiegte sich in dem Traume, die Verstaatlichung der Eisenbahnen, die bis dahin zum Teil noch in Privatbesitz waren, würde für die Arbeiter und Unterbeamten unzweifelhaft bessere, Lohnverhältnisse bringen. Die Arbeiter verletzten nach der Verstaatlichung durch Petitionen günstigere Arbeitsbedingungen zu erreichen. So becheiden aber auch ihre Wünsche waren, sie wurden einweg abgelehnt. Die Folge der Petitionen war keine Verbesserung der Löhne, vielmehr wurde der Druck, der auf den Arbeitern lastete, immer stärker. Und doch habe es der angestregtesten Arbeit seit Jahrzehnten bedurft, um den Arbeitern die Lieberzeugung beizubringen, daß ihre Petitionen vergebliches Bemühen sei, daß sie überhaupt vom Staat nichts zu erwarten haben. Im Jahre 1890 sei von den Eisenbahnern in Hamburg ein Vorstoß unternommen worden, der zur Folge hatte, daß diejenigen Arbeiter, die den Muth hatten, die Schätzungen im Eisenbahnbetrieb aufzudecken, erbarmungslos auf das Straßenpflaster geworfen wurden. So nicht allein in Hamburg, auch in Berlin, Halle, Magdeburg, in welchen Städten die Eisenbahnarbeiter zusammentraten, wurde die Bewegung gewaltiam niedergehalten. Ein Sprichwort sagte aber „Druck erzeugt Gehör“, und hier habe es sich einmal gut bewährt. Durch die traurigen Erfahrungen wurde der Muth und die Energie der Arbeiter gestärkt. Im Jahre 1896 lobte das Feuer, das man erstickt wägnie, in hellen Flammen wieder auf; die Hamburger Bahnarbeiter beschloffen, sich zu organisieren und führten ihren Vorstoß aus. Gleichzeitig entstand eine Bewegung in Bayern, in Sachsen u. i. w. überall gewann die Organisationsidee die Lieberhand. Keine Macht, betont der Redner, werde im Stande sein, die einmal in den Herzen der Arbeiter eingedrungene Idee auf die Dauer zu unterdrücken. Wie es durch des Socialisirens der Staat nicht gelungen ist, die Socialdemokratie auszurotten, ebenso wenig würden die Eisenbahnerverwaltungen es nunmehr vermögen, die Bahnarbeiterbewegung, die in Fluß gekommen, niederzudrücken (lebhafter Beifall). Haben denn nicht auch die Arbeiter das Recht, etwas zuzukommen? fragt Redner. Wie die Agrarier, die Grobindustriellen, die Pflanzler für ihre Interessen kämpfen, so habe auch der Arbeiter, der wirtschaftlich Schwache, das unbestrittene Recht, für sich und seine Familie zu sorgen? Wie liegen nun eigentlich die Lohnverhältnisse der Bahnarbeiter und Hilfsbeamten? Für Breslau sei es bezeichnend, daß gerade die Breslauer Arbeiter hinsichtlich ihres niedrigen Verdienstes von der Verwaltung der Arbeiter anderer Städte als Vorbild vorgeführt werden. Für die Breslauer Arbeiter liege daher zu allererst eine Ursache vor, sich zu vereinigen. Der Lohn der Bahnarbeiter, der Nachwachter, der Brenner, der Weichensteller und sonstiger kleinen Beamten sei selbst wenn sie nach vierjähriger Beschäftigung in den Genuß des Magazinlohnes kommen, nicht ausreichend, um eine Familie anständig ernähren zu können. So stehe es und noch schlimmer mit den Betriebs- und Hilfsarbeitern: ihr Verdienst sei nicht ein solcher, daß er zum Lebensunterhalt reichte. Der Redner bespricht im Weiteren das Kapitel der Unfälle auf den Eisenbahnen und die große Verantwortlichkeit der Beamten und Arbeiter. Was wird aus den Invaliden, die ohne ihre Schuld zu Krüppeln werden? Man speist sie mit einer recht mageren Pension ab und heißt sie gehen. Mit einem Fuße stehe der Eisenbahner im Zuchthaus, mit dem andern im Grabe. Woher kommen die vielen Unglücksfälle? Weshalb die Verwaltung teilweise darauf bedacht nimmt, Ersparnisse zu machen, besonders am Personal. Wohlmal auf den Verdienst der Arbeiter eingehend, beleuchtet der Redner die Accordarbeit, wobei er besonders rügt, daß der Arbeiter nicht einmal eine Einwendung gegen die Rechnung machen darf, er müsse die Berechnung so hinnehmen, wie sie von der Verwaltung aufgestellt wird. Herr Bürger giebt sodann nähere Auskunft über den Zweck des Hamburger Verbandes. Neben Verfassung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen bemerkt er, die Bahnarbeiter in geistiger Beziehung durch eine Zeitschrift und eine Bibliothek zu heben, ihnen Rechtsschutz zu gewähren und den Solidaritätsgeist zu fördern. Der Verband, der seinen Sitz in Hamburg hat, ist vollständig unabhängig. Die Gemaßregelungen finden Unterstützung in demselben. Zum Schlusse seiner Ausführungen forderte Bürger die Kollegen auf, den Kampf zur Erringung des Coalitionenrechtes mit Energie aufzunehmen: sie möchten nicht auf das Wohlwollen von Oben warten, sondern selbst Hand an's Werk legen. Dann wurde auch für die Eisenbahnarbeiter das Morgenroth einer besseren Zeit ausbrechen (Anhaltender lebhafter Beifall).

Der Vorsitzende Rähnel forderte dann zur Discussion auf, worauf Reichstagsabgeordneter Dr. Schoenlanck das Wort nahm. Derselbe, von der Versammlung mit großem Beifall empfangen, führte aus, es sei ihm außerordentlich angenehm, vor den Eisenbahnarbeitern Breslaus — seines Wahlkreises — sprechen zu können; sei er doch zunächst berufen, die Interessen der Eisenbahner zu vertreten. Er spreche zu Arbeitern, die in einem staatlichen Betriebe ihre Beschäftigung haben. Man nenne die staatlichen Werkstätten gewöhnlich Müllebetriebe, es verlohne sich daher wohl einmal nachzuführen, ob in der That seitige Müllebetriebe seien. Man komme aber bei einer Untersuchung zu ganz anderen Schlußsätzen. Die Eisenbahnen werfen alljährlich viele Millionen Ueberflüsse ab. Was geschieht mit diesen Millionen, werden sie für Gutausgaben verwendet, werden die Löhne der Arbeiter aufgebessert, wird die Arbeitszeit verkürzt, hat man überhaupt das Wohl der Arbeiter im Auge? Nein, die vielen Millionen werden verwendet für Militär, für Marine und für die Colonien. Die vielen tauende Eisenbahnpolietarier entbehren des Arbeiterlohnes, ihre Kräfte werden aufs äußerste angepannt, sie sind den größten Gefahren ausgesetzt, in keinem anderen Industriezweige kommen so viele Erkrankungsfälle vor, wie gerade bei den Eisenbahnpolietariern, sie sind der Witterung und den klimatischen Einflüssen am meisten ausgesetzt, dazu kommt noch ihre anstrengende Thätigkeit, die oft 16 bis 20 Stunden täglich währt. Charakteristisch sei es, daß die Verwaltung früher Statistiken über Erkrankungen und Unfälle aufgerollt, die Aufnahme solcher aber unter der Angabe daß die Zahlen immer wieder die gleichen seien, wieder eingestellt habe. Redner schloß ein eingehend die Verhältnisse des Zugbegleitungs- und Zugbeförderungs-personals, ihre zeitige Ueberdienstleistung und die großen Gefahren, denen sie im Dienst ausgesetzt sind. Unter der Form prussischen Disziplin verleibe es Herr von Manuel gar prächtig Mittel für Heereszwecke, für Liebesgaben für die Draufunter herauszuschlagen. Sollen also die Bahnarbeiter ihr Schicksal mit Geduld ertragen? Die Bahnarbeiter haben zu beweisen, daß sie nicht Staatsknecht, sondern wirkliche Staatsarbeiter sein wollen. Man trachte darnach, die Reime der Bewegung zu erkennen; so habe man in Sachsen den Verband aufgelöst, so becheiden der Vorliegende aus aufzutreten und so müßig das Statut auch ausgearbeitet war. Man hörte eben — die Sachsen seien ja sehr heile — die Trize des Massenproletariats heraus und da gab es im Leben Sachsen kein Pardon. Wollte man wirklich das Wohl der Arbeiter, warum gestattet man ihnen da nicht das Coalitionenrecht, warum verkürzt man nicht die Arbeitszeit — Forderungen, die doch durchaus gerechtfertigt seien? Früher habe man die Arbeiter mit einem wenig Zuderbrot und mit der Peitsche frue zu machen versucht, seitdem König Stumm einflußreiche Stellung habe, sei das Zuderbrot ganz verschunden und nur die Peitsche geblieben. Petitionen werden erst dann etwas fruchten, wenn Hunderttausende von Arbeitern hinter denselben stehen, dann erst werde man sich dazu beuennen, den Arbeitern ein williges Ohr zu schenken. Redner kommt im Anschlüsse daran auf die allgemeine politische



Vage zu sprechen. Er weist zahlenmäßig die ungeheure Schuldenlast des Deutschen Reiches nach, die das Volk bedrückt und erdrückt...

Es sprachen sodann noch die Herren Preis und Klee. Ersterer rügte einige Uebelstände bei der hiesigen Eisenbahnverwaltung...

Die heut am 4. April 1897 in Breslau in Viehichs Etablissement tagende öffentliche Versammlung der Eisenbahner von Breslau erklärt sich mit den Ausführungen des Vorsitzers...

Nach einer Schlussrede Bürger Schloß der Vorsitzende mit einem freudigen Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung...

Zur Eingemeindung von Kleinburg und Pöpelwitz. Nachdem die Gemeinden Kleinburg und Pöpelwitz in den Stadtkreis Breslau eingemeindet worden sind...

Unfälle. Ein Knecht aus Großhauke ging auf der Chaussee neben einem mit Reis beladenen Wagen her...

Ein Arbeiter aus Gummel war auf der Feldmark mit dem Sprengen von Steinen beschäftigt, als ein Schuß vorzeitig losging...

Selbstmord. Am Freitag Abend erschoss sich in seiner Wohnung auf der Heinrichstraße der hiesige Kaufmann H. G. — Am Donnerstag Abend stürzte sich an der Viehichsstraße ein Bautechniker in den Stadigraben...

Diebstahl. Am 31. d. Mts. wurde eine verschlossene Wohnung auf der Adalbertstraße mittels Nachschlüssels geöffnet. Es wurden 540 Mark in neuen Pfennigstücken gestohlen...

Polizeiliche Meldungen. In das Polizeigefängnis wurden am 2. d. Mts. 37 Personen eingeliefert. — Gefunden wurden: Ein Handschein über eine Taschenuhr, eine Wagenkette...

Provinzielle Rundschau.

W. Beuthen O.S., 4. April. Die durch ein ober-schlesisches Blatt verbreitete Nachricht, daß in Beuthen ein neues gewerkschaftliches Geschäftslocal (Kudowitzerstraße 10) vom Reichstags-Abgeordneten Legien gemietet worden sei, ist richtig...

Die Haltung der ober-schlesischen Presse gegenüber dem Unglück auf der Hedwigswaldstraße. Aber das ist seit drei Tagen spaltenlange Besuche bringt und nicht bringen wird...

Ratibor, 1. April. Eine ungewöhnliche Rohheit eines Arztes lag der Ursache zu Grunde, wegen deren der bekannte Antikontaminator und chirurgische Assistent Dr. med. Schramm am 29. März, früher in Soltau (Ober-schlesien) anstiftete...

Ein ungewöhnlicher Vorfall. Ein Arbeiter aus Gummel war auf der Feldmark mit dem Sprengen von Steinen beschäftigt, als ein Schuß vorzeitig losging...

Die Strafe muß als überaus milde angesehen werden. Man vergleiche mit jenem Urteil doch nur das gegen den Redacteur unseres Blattes, Ernst Bahn, der von der hiesigen Strafkammer zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt wurde...

Schwelenslowitz, 3. April. Zum Haussturz wird der „Kattowitzer Zeitung“ geschrieben: An dem Neubau des Bauunternehmers Bulla hier selbst ist vorgestern eine Fünfenwand eingestürzt. Es wurden 4 Personen (2 Knaben und 2 Mädchen) verschüttet...

Neueste Nachrichten.

Keilin, 4. April. Dr. Ranzen, der führende Nordpolfahrer, ist hier in glänzender Weise geehrt worden. Der Kultusminister Dr. Bosse überreichte ihm die große goldene Medaille für Kunst und Wissenschaft...

Der Personenzug Berlin-Halle ist gestern nahe der Station Ludwigsfelde von einem erheblichen Unfall betroffen worden. In Folge Abbruchs eines Wagens schlug dieser um, und schob sich in den Vorderwagen hinein...

Wien, 4. April. Der Kaiser hat die Demission des Grafen Badi nicht angenommen und wird dieselbe daher die Regierung weiterführen, indem er die notwendigen Parlamentsmehrheiten von Fall zu Fall zu bilden sucht...

Standesamtliche Nachrichten.

Bom 3. April. Eheschließungen. I. Haushälter Berthold mit Bertha Gumprecht. — Kaufmann Paul Joseph mit Magdalena Cohn. — Schuhmacher Gustav Runge mit Martha Böhm...

Todesfälle. I. Landmesser Friedrich Karuhn, 29 J. — Kaufmann Hugo Köpplmann, 45 J. — Redactormittwe Olga Kurnid, geb. Meyer, 59 J. — Schuhmachermeister Ernst Auf, 58 J.

Stadt-Theater. Montag: Der Ring des Nibelungen. I. Vorspiel: Rheingold. Dienstag: Der Ring des Nibelungen. II. Walküre.

Lobe-Theater. Montag: Erkenntnis. Dienstag: Erkenntnis.

Thalia-Theater. Dienstag: Gruppe H. 1. Vorstellung: Kätzchen und Ziege. Sonntag: Gruppe H. 2. Vorstellung: Die Witze von Cowood.

Victoria-Theater. Direktor: Müller. Schiedlich neues Programm. Wechsel: Komische und Lustspiele.

Sozialdemokratisches Liederbuch in Max Kegel. Preis 40 Pf.

Mendant für die Orskrankenkasse der Maler und Lackierer gesucht. Bewerber muß 600 Mark Kapital haben...

Herren- und Knaben-Garderobe sowie sämtliche Arbeiterkleider empfiehlt an billigen E. Liedecke, Steckgasse 30.

G. A. Opelt, Knopfbhandlung, Breslau, Innere Straße 229. empfiehlt in größter Auswahl Hochfeine Damentknöpfe...

Wichtig für alle Arbeiter-Bibliotheken: Bibliothek des praktischen Wissens. Herausgegeben von A. Bergmann. Soeben erschienen: Die Rechte des Angeklagten. Preis 75 Pf.

5 Pf. Sumatra-Cigarren. prachvollste Qualität, vorzüglich im Brand u. Geschmack. 100 Stk. 2 Mk., 250 Stk. 3 Mk., bis 5 Mk. Cigarrenfabrik E. Lampe vorm. A. Kirchner.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraction. Preis 75 Pf. In jeder Buchhandlung zu beziehen.

Die Volksausgabe Socialismus u. sociale Bewegung im neunzehnten Jahrhundert. Preis 50 Pf.

Frauenfrage und Socialdemokratie von Lily Braun-Gizycki. Preis 20 Pf.

Der Neue Weltkalender für 1897. Preis 40 Pfg.

1 Kirchb. Seitenthailpoha und mehrere Divans sehr billig zu verl. Causchplatz 11, Hof, 2 Stg. 2007

Die Währungsfrage und die Socialdemokratie. Eine gemeinschaftliche Parthekener währungspolitischen Jahrbücher und Kampfe von Max Schippel. Preis 30 Pfennige.

Breslau. Montag, den 5. April. Verein-Kalender.

Der Neue Weltkalender für 1897. Preis 40 Pfg.

Beim Druck der Redaktion: Julius Sponag; — Schreiner und Expeditor: Hermann Sponag; — Verlag von G. Sponag & Co.